

**Haben andere Probleme als die Frauenquote**

Die EU hat eine Frauenquote in Unternehmen beschlossen. Dazu erreichen uns folgende Zuschriften:  
Durch die von der EU-Kommission verfügte europaweite Frauenquote wird in Deutschland die per Grundgesetz garantierte Unternehmerfreiheit verletzt und werden männliche Bewerber mit gleicher Qualifikation diskriminiert. Es widerspricht dem Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), wenn die berufliche Chancengleichheit für den Mann nicht mehr gewährleistet ist. Männer und abgelehnte Frauen werden Unternehmen mit Klagen überziehen. Da Unternehmen die Beweislast ihrer „Unschuld“ obliegt, werden sie in endlose gerichtliche Streitigkeiten verstrickt werden oder sich durch außergerichtliche Einigung freikaufen müssen. Deutschland wie aber auch Europa haben wahrlich andere Probleme als die Frauenquote! Die deutsche Bundesregierung sollte sich also heftig dagegen wehren.

Hans-Jürgen Reuling, Kelkheim

Hier muss man sich doch fragen, ob die Frau Reding (Viviane Reding ist EU-Kommissarin, d. Red.) noch ihr gesamtes Porzellan im Schrank hat, wenn man die Firmen mit so einem Gesetz knebeln will. Es ist schon schlimm, wenn sich die Politik in Personalangelegenheiten der Firmen mischt. Das sollte man sich auf keinen Fall gefallen lassen. Entscheidend sollte doch letztlich nur die Qualifikation für so einen Posten sein. Die Bundesregierung hat den Beschluss der EU-Kommission kritisiert, und ich hoffe, dass sie dieses Gesetz ablehnt. Überhaupt gehen mir diese EU-Fuzzis furchtbar auf den Wecker.

Erwin Weishäupl, Frankfurt

Wir freuen uns über jeden Leserbrief, können aber bei der Menge der Zuschriften nicht alle veröffentlichen. Wir behalten uns Kürzungen vor. Ihre Zuschriften schicken Sie bitte per Post an die:

Frankfurter Neue Presse, Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt, per Fax an (069) 75 01 4047 oder per E-Mail an leserbriefe@fnp.de

# Was Kindern nützt, ist wichtig

Ein Verein kämpft um die Chancen von Behinderten – aufhalten lässt man sich dort nicht

Die Beispiele ehrenamtlicher Arbeit in Hessen sind vielfältig. In Königstein arbeitet seit 20 Jahren ein Verein intensiv daran, behinderten Kindern Zugang zu einem ungewöhnlichen Therapiekonzept zu verschaffen. Eine Form von Selbsthilfe, die einen ständigen Kampf an ganz unterschiedlichen Fronten darstellt. Aber die Erfolge imponieren und machen Mut.

Von Georg Haupt

Königstein. Wäre András Pető ein deutscher Wissenschaftler gewesen, würde es den „Förderverein Kinderneurologie Königstein“ vielleicht gar nicht geben. Die ganzheitliche Therapieform des ungarischen Arztes („Lernen für ein selbständiges Leben“) findet jedoch bei den deutschen Krankenversicherungen immer noch keine wissenschaftliche Anerkennung, weswegen Eltern tief in die eigene Tasche greifen müssen, wenn sie ihren behinderten Kindern die Erkenntnisse dieser wissenschaftlichen Richtung zuge-

**Zeitung diskutiert**

kommen lassen wollen. „Es funktioniert“, versichert die Vereinsvorsitzende Monika Benz, die die Erfolge einer Verbindung von Logopädie, Ergo- und Physiotherapie bei ihrem Sohn Max (10) hautnah miterlebt. Seit acht Jahren ist sie bei „Pető in Königstein“ mit dabei.

Am besten klappt es mit der Selbsthilfe oft in der Gruppe, und das funktioniert bei besagtem Förderverein immerhin schon seit 20 Jahren so. Inzwischen sind dort 45 bis 50 Kinder durchgehend in Betreuung und werden von den Therapeuten behutsam individuell vorgebracht. „Viele Eltern stellen fest, dass die negativen Prognosen für ihre Kinder mit Pető nicht ein-



Den 1000-Euro-Scheck von Zdenia Beck (r.) nimmt Vereinschefin Monika Benz gerne entgegen. Sohn Max war natürlich bei der 20-Jahr-Feier auch dabei.

treten“, sagt Monika Benz, eine Erkenntnis, die es allerdings nicht umsonst gibt. Mehr als 70.000 Euro jährlich beträgt das Budget des Vereins für Honorare und die Räumlichkeiten in der Kirchstraße, wo man es sich zum Ziel gemacht hat, einen großen Teil davon aus Spenden zu bestreiten, um die Familien auch finanziell zu entlasten.

Dieses Geschäft ist kaum weniger mühsam als der Kampf um kleine therapeutische Erfolge bei den Kin-

dern. Selten, dass mal eine Spende von einem Unternehmen, etwa Fraport, eingeht. Ansonsten greifen meist Privatleute, Stiftungen oder der Frankfurter Lion's Club zur Banküberweisung. Zur 20-Jahr-Feier am Samstag gab es einen 1000-Euro-Scheck vom Königsteiner Verein Bürger helfen Bürgern. „Ohne unsere Spender wären wir sehr viel eingeschränkter“, sagt Monika Benz und hofft auch für die Zukunft auf tatkräftige Hilfe.

Weil sich der Staat aus vielen sozialen Bereichen immer mehr zurückzieht, sucht auch die hessische Landesregierung mit ihrer Kampagne „Gemeinsam aktiv“ nach breiter Unterstützung für ehrenamtliche (Selbst-)Hilfe. Eine Ehrenamts-Card mit landesweiten Vergünstigungsangeboten soll Interessenten anlocken. Die Stadt Frankfurt hat mit Gerhard van der Beck gerade das Referat Bürgerengagement, Stiftungen und Ehrenamt neu besetzt.

● Vielleicht haben Sie auch Erfahrungen mit ehrenamtlichen Helfern gemacht – seien es nun Vereine oder Einzelpersonen. Schreiben Sie uns, was bei Ihnen den tiefsten Eindruck hinterlassen hat. Gerne stellen wir weitere besondere Hilfsaktionen auf dieser Seite vor.  
Frankfurter Neue Presse  
Leserforum  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt  
Oder: leserforum@fnp.de

**Frau Roth muss begreifen, dass ihre Zeit vorbei ist**

Zur Entscheidung der Grünen gegen Parteichefin Claudia Roth als Spitzenkandidatin: Frau Roth hat immer noch nicht begriffen, dass sie abgewählt wurde. Die neue Spitze heißt Göring-Eckardt. Sie wurde von der Basis gewählt. Claudia Roth sollte endlich begreifen, dass ihre Zeit vorbei ist; sie klebt buchstäblich an ihrem Sessel. Das kann nicht gutgehen, weil sie damit gegen ihre bisherigen eigenen Grundsätze verstößt.  
Hans Beckmann, Frankfurt

**Wenn Lichterlöschchen für Kurt Beck so wichtig ist...**

Zu: Beck löscht die Lichter im Büro persönlich“  
Wie viele Jahre wird er nun noch die Lichter löschen müssen, bis er durch diese seine vorbildliche Sparsamkeit die Nürburger-Millionen wieder reingeholt hat? Sicherlich war Herr Beck auch durch das dauernde Lichterlöschchen gar nicht in der Lage, sich ausreichend um das Desaster zu kümmern und ist somit ohne Schuld.  
Jochem Stoll, Frankfurt

**Schlecht geplant und schlecht umgesetzt**

Zum Leitartikel „Utopische Krippengarantie“ von D. Sattler: Hier geht es jetzt darum, den Zeitpunkt zu verschieben oder das Gesetz neu zu definieren. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz stand von vornherein auf schwachen Füßen. Die Voraussetzungen dafür hätten vorher geschaffen werden müssen.  
Elisabeth Polten, Frankfurt

**Wo ist der Anstand bei unseren Eliten?**

Zu Steinbrück, Gauck und die Bochumer Stadtwerke: Ohne Steinbrück hätten wir ja niemals erfahren, dass auch Herr Gauck 25.000 Euro von der total überschuldeten und unter Kuratel gestellten Stadt Bochum bzw. ihren Stadtwerken erhalten hat. Eine erschreckende Meldung, Gift für das Gemeinwesen. Der Durchschnittsbürger sehnt sich nämlich selbst in unseren lockeren Zeiten nach Verantwortungsbewusstsein, Anstand und Redlichkeit bei unseren Eliten.  
Eleonore Lutz, Frankfurt

**Die Politik bietet nur eine schwammige Regelung**

Zur Diskussion um die Beschneidung kleiner Jungen: Es macht uns zornig, wenn wir in der Zeitung lesen, dass wieder einmal eine Minderheit mit allen Mitteln versucht, ihre blutigen Riten über unser Grundgesetz zu stellen, und unsere Politiker in gewohntem vorseilendem Gehorsam eine schwammige Regelung anbieten. Egal wie man es dreht, die Beschneidung in dieser Form ist und bleibt eine grausame Körperverletzung an unmündigen Kindern. Sie gehört ausgesetzt bis zum 16. Lebensjahr.  
Falko Chlosta, Kriftel

## Die Bürgerinitiativen sind ein Hilferuf der Öffentlichkeit

Mit einem Leserbrief von Peter Tretter aus Frankfurt, der sich positiv über die Auswirkungen der neuen Landebahn äußerte (FNP vom 17. Oktober), setzt sich im Folgenden Hans-Jörg Bender, ebenfalls aus Frankfurt (Sachsenhausen) auseinander:

„Zu dem Leserbrief von Herrn Tretter, der keine Sachkunde bei den Bürgerinitiativen zum Thema Flughafenbau erkennen kann bzw. diese infrage stellt habe ich folgende Anmerkungen:

1. Falsch liegen Landespolitik,

Luftfahrtindustrie und der Flughafenbetreiber Fraport mit ihrem wichtigsten Argument: ‚Schaffung von zusätzlichen, aber tausenden von Arbeitsplätzen‘.

2. In der aktuellen Ausgabe des Flugleiters der DFS (Organ der Gewerkschaft der Flugsicherung), also von ‚Experten‘ geschrieben steht: ‚Die Landebahn Nordwest ist zur Kapazitätssteigerung zwar besser als nichts, aber dennoch eine Fehlentscheidung‘.

3. Die Bürgerinitiativen gehen gewaltfrei und auf ihre eigenen Kosten den rechtlichen Weg, sich

gegen enorme Belastungen zu wehren, der ihnen zur Verfügung steht. Im Gegensatz zur Landesregierung, die öffentliche Steuermittel für passiven Schallschutz zur Verfügung stellt, für eine Schadensminimierung, die von der Luftfahrtindustrie und Fraport angerichtet werden.

4. Die Bürgerinitiativen werden nicht von geliebenden, professionellen Lobbyisten unterstützt, sondern stellen ihre Projekte und Aktionen in fleißiger und anerkennenswerter Eigenregie auf die Beine.

5. Die Montagsdemos im Termi-

nal 1 sind kein ‚Mumpitz‘, sondern ein permanenter Stachel, der Fraport und Lufthansa quält, wie auch umgekehrt die Betroffenen durch Fluglärm und Luftimmissionen sieben Tage die Woche, 18 Stunden täglich, drangsaliert werden.

Es ist ein Hilferuf an die Öffentlichkeit der Nichtbetroffenen, der europaweit inzwischen schon Gehör gefunden hat. Man spricht ernsthaft über die Fehler, die mit dem Bau der Nordwestlandebahn in Frankfurt und auch mit dem Flughafen Berlin gemacht worden sind.“



Dauerthema: Ein Jet im Anflug auf Frankfurt. Wieviel davon muss sein?

## Die Beamten nicht in den Dreck ziehen

Mit den scharfen Tönen gegen die Beamten in der Renten-Diskussion der vergangenen Wochen setzt sich Walter May auseinander:

„Die Hetzjagd auf das Beamtenum treibt mir nicht selten die Zornesröte ins Gesicht. Aus den kritischen Worten der Verfasser klingt zumeist Futtern und Unkenntnis.“

Es ist unstrittig, dass es mir nach knapp 42 Dienstjahren als Pensionär recht gut geht. Die Beamtenweste ist eng, aber warm, lautet eine Volksweisheit. Gleichwohl gab es in meinem Arbeitsleben aber auch etliche Durststrecken zu überwinden. Nach Abschluss meiner Verwaltungslehre im Jahre 1958 verdiente ich noch keine 200 DM netto. Wesentlich anders sah es damals bei meinen gleichaltrigen Schulkameraden aus. Meistens in der ‚Rotfabrik‘ als Metallarbeiter tätig, hatten sie am Monatsende zwischen 600 und 800 DM in der Tasche.

Der öffentliche Dienst suchte seinerzeit händelnd Mitarbeiter. Wegen der geringen Verdienstmöglichkeiten wollte aber keiner hin. Besser wurde es für mich erst, als ich bereits mit 23 Jahren zum Inspektor ernannt worden bin.

Trotzdem hinkte aber auch damals der Beamte dem Angestellten noch immer hinterher. So erhielt der Angestellte Weihnachtsgeld, der Beamte aber nicht. Auch waren im Laufe der Jahre für die Beamtenschaft wesentlich mehr Nullrundungen angesagt, als bei den Angestellten. Noch heute müssen Beamte mehr Wochenarbeitsstunden erbringen als vergleichbare Angestellte.

Also, liebe Kritiker, immer auf dem Teppich bleiben. Auch mir wurde nichts geschenkt. Ich habe unbezahlte Überstunden geleistet und teilweise sogar über das Wochenende Arbeit mit dem Hause genommen. Als sogenannter Staatsdiener war das für mich alles selbstverständlich. Nun denn, bitte zuerst einmal die eigenen Hausaufgaben machen, bevor ein ganzer bewährter Berufsstand in den Dreck gezogen wird.“

## Verpasste Chance beim Vorlesetag

Über das einseitige öffentliche Interesse am Vorlesetag beschwert sich Christina Klose:

„Als Autorin hatte ich das große Vergnügen, am 9. Bundesdeutschen Vorlesetag (am vergangenen Freitag, die Red.) etwa 90 Kindern der Grunelius-Grundschule in Oberrad vorzulesen, mit ihnen Gedankenaustausch zu betreiben und zu erfragen, wie sie sich ihr Leben, ihren Beruf vorstellen. Fünf- bis neunjährige Schüler zeigten sich niveauvoll, interessiert, neugierig und welt- offen. Ja, ein Großteil möchte Autor werden, ‚weil ich Fantasie habe‘, ‚weil ich Bücher so toll finde und meine, es gibt nicht genug!‘ und ‚weil ich, wenn ich groß bin, alle gelesen habe und darum selbst schreiben werde!‘

Wenn auch Sechsjährigen nicht gleich einfiel, wie das Kind der Kuh heißt, wie ein Kalb aufsteht (erst vorn, dann hinten), so war den um ein oder zwei Jahre älteren Schülern sonnenklar, warum das Vorlesen im Kindesalter so wertvoll ist: Zuhören lernen, Phantasie anregen, Unterhaltung mit guten Wörtern lernen.

Alle Frankfurter Zeitungen sind seit Wochen informiert gewesen, dass die Grunelius-Grundschule anlässlich des Vorlesetags Besuch bekommt und sich über einen – kleinen bebilderten – Bericht in der Zeitung – freuen würde. Wer kam? Niemand!

Etwa 100 kleine Kinderseelen sind enttäuscht, dass die angefragten Redakteure von F.A.Z., FR, OP und FNP letzten Endes keine Zeit hatten! In der Paulskirche lasen gleichzeitig Politiker bei ausgesuchten Schülern – da müssen natürlich alle verfügbaren Redakteure anwesend sein!

Ich für meinen Teil und viele Leser wären bestimmt dankbar, wenn die Mischpoke der Politiker, deren Namen und miese Machenschaften man nur noch mit Widerwillen (aber täglich) lesen muss, für unsere Kinder etwas beiseite träten und in der Zeitung Platz ließen für die Kleinen, die angeblich unsere Zukunft sein sollen.“

## Die G8-Krise ist hausgemacht

Mit der Debatte um ein Ende der verkürzten Gymnasialzeit (Turbo-Abitur/ G8) beschäftigt sich Walter Valeska aus Dornburg:

„Der Grund für Verkürzung der schulischen gymnasialen Weiterbildung von 9 auf 8 Jahre nach vierjährigem Grundschulbesuch ist Angleichung an europäische Normen und Antwort auch auf die in Deutschland beklagten langen Ausbildungszeiten.“

Verkürzte Schulzeit heißt nicht automatisch Stress für Schüler und Lehrer, fordert jedoch zentrierte reformierte Lerninhalte. Der öffentliche Unmut bei Eltern und Schülern, auch bei Pädagogen über zusammengepressten Lehrstoff, besonders der Klassen 5 und 6 ist in der Unfähigkeit der Kultusbehörde und speziell der Lehrplansteller begründet, die die G8-Lernpläne nicht der verkürzten Schulzeit anpassen.

Dem gymnasialen Schulstandort die Entscheidung zwischen G8 und G9 zu übertragen (Bouffiers Schulpläne) überfordert die lokale Schulleitung, da sie Verwaltungsbehörde und nicht Ersteller der Lehrpläne ist. Eine wirkliche G9-Reform muss G8 als Folge haben. Bei gleicher Berufsausbildung und Studiendauer sind durch G9 deutsche Berufseinsteiger ein Jahr älter als z. B. ihre europäischen Kollegen.

## Wir sollten keine Stärke zeigen

Wir wurden, wie Generationen vor uns, nach dem Prinzip erzogen: „Keine Schwäche zeigen.“ Ergebnis war der ständige Versuch, Stärke auf Kosten anderer zu demonstrieren, deren Reaktionen wiederum ließ Konflikte eskalieren. Daran denke ich, wenn ich Fernsehbilder von Demonstrationen in Südeuropa sehe, in denen die Bundeskanzlerin oder Finanzminister Schäume als Nazis oder gar als Hitler verunglimpft werden. Das Bestehen Berlins auf Sparsamkeit wird als Hebel benutzt, um anti-deutsche Ressentiments zu nutzen. So lenkt man von der Unfähigkeit der eigenen Politiker, Unternehmer, Beamten ab.

Die hiesige Forderung auf Effizienz bei den potenziellen Empfängern europäischer Zahlungen und Garantien, für die Deutschland am Ende wohl zahlen muss, ist vernünftig. Doch das Leben lehrt uns, dass es wenig Sinn macht, sich über unberechtigte Vorwürfe zu grämen. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir Verständnis bewirken können.

Deutschland ist das bevölkerungsreichste Land in Mittel- und Westeuropa. Zugleich haben wir die größte und einträglichste Volkswirtschaft aufgebaut. Wir verfügen nur über wenige Bodenschätze. Die Kargheit unseres Landes, sein mäßiges Klima und entsprechend schwache Ernten erzwingen eine rigorose Disziplin.

Diese Beherrschtheit und die Fähigkeiten der deutschen Handwerker und Ingenieure wurden im Industriezeitalter zur Mutter des unaufhaltsamen wirtschaftlichen Aufstieges dieses Deutschlands.

Die Disziplin hatte freilich auch ihre Schattenseiten. Sie war auch die Grundlage für Deutschlands militärische Schlagkraft in der Vergangenheit. Friedrich der Große, heute vielfach ob seiner Toleranz

zur Erlangung der Souveränität nutzte. Die Bundesrepublik entwickelte sich zum Musterknaben der internationalen Politik. Die deutsche Regierung übernahm Verantwortung für die Untaten der Hitler-Zeit und zahlte Entschädigung für die Überlebenden. Deutschland leistet neben den USA und Japan die höchste Entwicklungshilfe und nahm Millionen von Flüchtlingen und Emigranten auf.

Die Bundesrepublik gewann langsam wieder an Ansehen in der Welt. Indessen gefiel sich Bundeskanzler Helmut Schmidt zwischen 1974 und 1982 vor allem gegenüber Washington als Lehrmeister. Der gescheiterte Hanseat war dem Provinzler Jimmy Carter intellektuell und als

Volkswirt überlegen – und demostrierte dies. Angela Merkel dagegen tritt bescheiden auf, belehrt nicht. Viele Südeuropäer wollen zur unbequemen Wahrheit verführt werden. Die Bundeskanzlerin dagegen tritt hier schroff auf. Das verletzt den Stolz.

Große Länder müssen behutsam mit kleineren Partnern umgehen lernen. Sonst werden sie bei ihren Nachbarn verhasst wie die Vereinigten Staaten in Lateinamerika, wo man die „Amis“ als Gringos beschimpft – und dennoch ihre Dollars nimmt. Wir Deutschen sollten sensibel sein. Aus Erfahrung und Einsicht. Der Starke sollte darauf verzichten, seine Kraft zu zeigen, sonst vereinsamt er.

### jugendfrei

Die Kolumne von Rafael Seligmann

